



SÜDOSTEUROPA-
GESELLSCHAFT

Internationales Symposium

**Vor- und Gründungsgeschichte der
Südosteuropa-Gesellschaft:
Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten**

16./ 17. Dezember 2013

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München

Hagen Fleischer *

Die deutsche Besatzung(spolitik) in Griechenland und ihre „Bewältigung“

Am 28. Oktober 1940 fielen überlegene Truppen des faschistischen Italiens in Griechenland ein – doch wider Erwarten wurden die Invasoren weit auf ihre albanische Ausgangsbasis zurückgeworfen. Die überraschenden Siege der Griechen erschütterten weltweit den Nimbus von der Unbesiegbarkeit der faschistischen "Achse": die Ablehnung von Mussolinis Ultimatum wurde ab 1945 – als „Tag des Neins“ – zweiter griechischer Nationalfeiertag.

So eilte im April 1941 die Wehrmacht dem gedemütigten Partner zu Hilfe, um die abgekämpften Griechen niederzuzwingen. Ende Mai eroberten deutsche Luftlandetruppen den letzten freien Platz: Kreta. Widerstand leisteten auch große Teile der griechischen Zivilbevölkerung – getreu einer jahrhundertealten Tradition. Die verwirrten Angreifer reagierten hart und exekutierten Hunderte von Kretern. Diese "Sühnemaßnahmen" trieben viele der Überlebenden in den bewaffneten Widerstand; als "Andarten" erlangten sie Signalwirkung für das Festland. Bei der Verteilung der Beute behielt Hitler nämlich nur wichtige Inseln, Häfen und andere Gebiete von herausragender strategischer Bedeutung unter deutscher Kontrolle. Den großen Rest überließ er den italienischen und bulgarischen Verbündeten – zur Besetzung sowie zur Befriedigung territorialer Aspirationen. Aber entgegen der eigenen Propaganda war auch Berlin an griechischen Territorien interessiert.¹ Offensichtlicher waren jedoch die Intentionen der neuen Herren, den Sieg der deutschen Waffen für die erstrebte wirtschaftliche und kulturelle Hegemonie nutzbar zu machen.

Bereits während der Kämpfe hatten Sonderkommandos den Auftrag, "wehrwirtschaftlich wichtige Güter" für das Reich "sicherzustellen" (und namentlich dem italienischen Achsenpartner zuvorzukommen). Das primäre Interesse galt der Tabakernte sowie der Rüstungs- und Montanindustrie, wobei die eigennützigen Expertisen großer deutscher Konzerne Anwendung fanden. Zufrieden meldete Krupp-Syndikus Hans-Günther Sohl (in den 1970er Jah-

* Prof. em. Dr. Hagen Fleischer, Jg. 1944, lehrt weiterhin an der Universität Athen neue und neueste Geschichte in Oberseminaren. Der vorliegende Beitrag ist die überarbeitete Fassung seines Vortrags beim internationalen Symposium der Südosteuropa-Gesellschaft zum Thema „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“ (Redaktion des Beitrags: Dr. Claudia Hopf).

¹ Vgl. unten, Fn. 19.

ren Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie), bereits im ersten deutschen Besatzungsmonat sei fast "die gesamte griechische Bergbauproduktion langfristig für Deutschland gesichert" worden.² Besonders begehrt war Chrom; ein Drittel des deutschen Bedarfs. Unter der Ägide von Krupp wurde 1942 in Griechenland mehr Chrom gefördert als vor dem Krieg. Doch 1943/44 sanken trotz Raubbaus sowie der Fronarbeit von „Bergbau-Juden“ Förderung und Ausfuhr infolge von Partisanentätigkeit stark ab, und der Konzern klagte, er könne noch nicht einmal die investierten Gelder herausholen.

Zum Teil überschritten sich auch wirtschaftliche und wissenschaftliche deutsche Interessen, wobei erstere fast immer schwerer wogen. So wurde bereits im Februar 1940 unter entscheidender Mitwirkung von Reichswirtschaftsminister (zugleich Präsident der Reichsbank) Walther Funk und Außenminister Ribbentrop die Südosteuropa-Gesellschaft (SOEG) gegründet – in Wien, dem mit München wichtigsten deutschsprachigen Zentrum der Südosteuropa-Forschung. Beide Städte – in geringerem Maße auch Berlin und Leipzig – beherbergten zahlreiche solcherart geographisch definierter Verbände (oft *Think-tanks* im heutigen Sinne), die trotz aller institutionellen Rivalität konzeptionell und oft auch personell miteinander verzahnt waren. Ab 1940 diente die SOEG auftragsgemäß als kultur- und handelspolitische Dachorganisation zur *diskreten* Koordinierung dieser südostwärts ausgerichteten Gesellschaften, wissenschaftlichen Institute und privaten Unternehmen. Insbesondere nach der militärischen Besetzung des bis dahin „*informal* Empire“ im Südosten Europas kooperierten auch namhafte Wissenschaftler mit Funktionären und Dienststellen des Regimes mit konkreter (expansiver) Zielsetzung: „Die Südosteuropa-Gesellschaft muss unter strengster Geheimhaltung ihrer besonderen Aufgabe nach außen hin ihr verbindliches gesellschaftliches Gesicht wahren [Ausstellungen, Messen, etc.], nach innen hin jedoch nichts anderes sein, als ein schlagkräftiges Instrument der Wirtschaftsführung des Deutschen Reiches.“³

Da die Kriegsschöpfung SOEG auch eine Dependance in der bayerischen Hauptstadt besessen hatte, erschien es – Anfang der 1970er Jahre – dem Doktoranden Hagen Fleischer möglich, dass nach dem Untergang des „Großdeutschen Reiches“ die Münchener Akten in situ verblieben wären und die SOG (Südosteuropa-Gesellschaft, gegründet 1952 in München) den weitgehend verschollenen Nachlass der aufgelösten und (im Vollnamen) gleichlautenden „Vorgängergesellschaft“⁴ verwahrte. Seine entsprechenden Anfragen mit der Bitte um Archivzugang wurden aber von der SOG nicht etwa wegen fehlender Zuständigkeit abschlägig beantwortet, sondern unter dem Hinweis auf organisatorische Probleme dilatorisch behandelt. Der Grund hierfür lag wohl im (je nach Person diffusen bzw. konkreten) Wissen bezüglich der „im Umfeld und auch im Gründerkreis der 1952 gegründeten Südosteuropa-Gesellschaft personelle[n] Kontinuitäten“ mit den Vorläufern der NS-Zeit, die erst nach Ausbruch des „Rudolf Vogel-Skandals“ 2013 voll thematisiert wurden.⁵ Dennoch, oder eben deswegen, zeigt sich eine Tendenz bei den Verantwortlichen, wieder schärfer zu betonen – nach dem Buchstaben des Vereinsrecht völlig zu Recht –, dass es sich bei der SOG um eine

² Hagen Fleischer, *Im Kreuzschatten der Mächte. Griechenland 1941-1944. (Okkupation – Kollaboration – Resistance)*, Frankfurt – Bern – New York 1986, S. 65.

³ Bundesarchiv [BArch], Koblenz, R 63/251, (Dr. v. Rischka, 25.5.1943).

⁴ Gernot Erler, Präsident der SOG, Interview mit der Deutschen Welle, 11.2.2013, <http://www.dw.de/erler-wirstellen-uns-der-vergangenheit/a-16592214>.

⁵ Ebd. – In diesem Zusammenhang hätte der Präsident etwa auch auf die enge Verbindung der Kriegs-SOEG zu den damaligen politischen Entscheidungsinstanzen hinweisen können, die sich nach dem Krieg bei der SOG wiederholte – obschon natürlich mit weit bescheideneren Intentionen.

Neugründung (von 1952) handelt, wohingegen in früheren Jahrzehnten oft (auch seitens führender Mitglieder) von „Wiederbegründung“ o.ä. die Rede war.⁶

Eines der wichtigsten Bindeglieder zwischen „alter“ und „neuer“ Südost-Forschung war – neben dem allgegenwärtigen Fritz Valjavec – der diachronische „PR-Papst“ Franz Ronneberger, auf den ich näher eingehe, da der 1913 geborene Jung-Nazi in Rekordzeit zum Exponenten der „politischen und akademischen Elite“ des NS-Regimes für den hier interessierenden geographischen Raum aufgestiegen war. Bereits 1937 wurde er Leiter der Außenstelle Südost der Reichstudentenführung, hinzu kamen wichtige, z.T. extra für den hochgeschätzten Regionalexperten geschaffene Positionen im Machtkomplex SS-SD-RSHA. So wurde Ronneberger im März 1939 Chef einer nach ihm benannten Dienststelle zur Erforschung des südosteuropäischen Pressewesens und deren aktuellen Beeinflussung, was den Aufbau eines Netzwerkes regionaler Verbindungsleute einschloss.⁷ Die von Ronneberger im Auftrag der SOEG herausgegebenen *„Vertraulichen Wirtschaftsnachrichten“* waren „Dokumente der nationalsozialistischen Eroberungs-, Ausbeutungs- und Vernichtungspolitik auf dem Balkan und bildeten gleichzeitig deren informationelle Grundlage“.⁸ Parallel publizierte er regelmäßig im *„Völkischen Beobachter“* sowie in Fachzeitschriften. Dabei forderte er u.a. nachdrücklich die „radikale Lösung der Judenfrage“, d.h. die „Ausmerzung des jüdisch-kapitalistischen Geistes“ sowie, darüber hinaus, ganz allgemein „des Judentums aus dem Volkskörper“ auch der südosteuropäischen Staaten. Diesbezüglich lieferte Ronneberger direkt bzw. indirekt statistisches Material an SD-Stellen. 1944 habilitierte sich der 31-Jährige in Wien mit einer (nicht mehr publizierten) Arbeit mit dem in unserem Kontext vielversprechenden Titel *„Wege staatswissenschaftlicher Forschung in Südosteuropa“*.⁹

Dessen ungeachtet schlüpfte Ronneberger kaum beschadet durch die Entnazifizierungsprozedur, und bald gelang ihm die soziale Reintegration – mit einer gewissen Verzögerung auch in den Wissenschaftsbetrieb Nachkriegsdeutschlands, trotz der bei ihm registrierten „völligen Distanzlosigkeit gegenüber der Geschichte der Südosteuropaforschung im Dritten Reich, die zu einem Großteil seine eigene Geschichte“ war.¹⁰ Im Präsidium bzw. dem Wissenschaftlichen Beirat der SOG traf Ronneberger auch einige andere Veteranen der NS-Epoche.¹¹ So erklärt sich wohl die weitgehende Selbstidentifizierung bzw. Solidarisierung der neuen Gesellschaft mit der alten, mit der sie „nur den Namen“ gemein hatte, und zwar über Jahrzehnte hinweg. Bei einem von der SOG (und deren konservativer griechischer Partnerorganisation IMXA) organisierten deutsch-griechischen *Feelgood*-Symposium in Saloniki 1989 – mit Teilnahme Franz Ronnebergers – war der Schreiber dieser Zeilen in der seinem „nonkonformistischen“ Referat folgenden Diskussion der konzentrierten bzw. konzertierten Kritik von

⁶ Vgl. etwa die Dissertation von Peer Heinelt, *‘PR-Päpste’. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger*, Berlin, Karl Dietz, 2003, S. 177 f. – Hier sei angemerkt, dass bei dem im Vergleich zur SOEG weit schwerer belasteten, 1945 aufgelösten Südost-Institut nach dessen Reaktivierung bzw. „Neugründung“ (1951) in den Institutsakten von einer „Wiederingangsetzung“ die Rede war. (Hans-Christian Petersen: Rezension zu: Beer, Mathias; Seewann, Gerhard (Hrsg.): *Südostforschung im Schatten des Dritten Reiches. Institutionen – Inhalte – Personen. München 2004*, in: H-Soz-u-Kult, 09.11.2004, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2004-4-099>).

⁷ Siehe namentlich Heinelt, *‘PR-Päpste’*, S. 132 ff., 142 ff., 194 f.

⁸ Ebd., S. 149.

⁹ Vgl. Zitate und Details, ebd., S. 155, 158, 160 f.

¹⁰ Ebd., S. 179, vgl. passim.

¹¹ Darunter Valjavec, Hermann Gross sowie Rudolf Vogel, u.a. führendes Mitglied der Propagandastaffel im besetzten Saloniki. Vgl., u.a., Michael Martens, *FAZ*, 13.2.2013.

Exponenten der alten SOEG bzw. der neuen SOG ausgesetzt, was den Eindruck einer zumindest partiellen personellen und in geringerem Ausmaß auch konzeptionellen Kontinuität zwischen beiden Gesellschaften vermittelte. Als Bindeglied zwischen „Alten“ und „Neuen“ (bzw. als Apologet der Alten) fungierte ein Duzfreund Ronnebergers: der besonders aggressive „deutschnationale“ Soziologieprofessor Johannes Papalekas.¹² Heftig waren auch manche Kommentare des langjährigen SOG-Präsidenten Walter Althammer. (Eben deswegen begrüßte ich seine aktive Teilnahme an der Münchener SOG-Konferenz zum Thema „Vor- und Gründungsgeschichte der Südosteuropa-Gesellschaft: Kritische Fragen zu Kontexten und Kontinuitäten“ im Dezember 2013 als wichtigen und couragierten Beitrag zur erfolgreich eingeleiteten Aufarbeitung der Geschichte der SOG und ihrer Vorgängerinstitutionen.)

Aber auch andere Institutionen reagierten abweisend oder dilatorisch auf Anfragen nach ihrer Vorgeschichte (vor 1945), so etwa der Volksbund für Kriegsgräberfürsorge. Zur Erklärung sei angemerkt, dass dessen Führung unverzüglich nach Hitlers „Machtergreifung“ über den "unwürdigen" Zustand des deutschen "Heldenfriedhofs" bei Saloniki geklagt hatte: Dieser sei, verglichen mit den Gedenkstätten für die Toten der Entente, "ein inferiorer Platz" (zudem in unmittelbarer Nähe eines Judenviertels!), „mit dem man das Deutschland der [Versailler] Systemzeit abspesen konnte". Erforderlich sei eine neue Gräberstätte mit einem Ehrenmal, das Deutschland zum Stolz gereiche, den Griechen aber "Achtung abnötige vor der Höhe der deutschen Kultur" und vor der "wiedererwachten Kraft" des Deutschen Reiches. „So wie die ... Bauten des alten Rom noch heute, nach fast zwei Jahrtausenden, in fast allen europäischen Ländern Zeugen der politischen und kulturellen Größe Roms sind, sollen auch die Ehrenmale, die Deutschland seinen Gefallenen [...] baut, Zeugen der Kultur und Kraft des Deutschen Reiches sein."¹³

Der zackige Stabreim "Kultur und Kraft" mit den austauschbaren Komponenten prägte die Diskussion um das Ehrenmal auf Jahre, da die Griechen die erforderliche Genehmigung verschleppten. Als, nach dem deutschen Einmarsch, die Baumeister des 1000-jährigen Reichs auf die Einheimischen keine Rücksicht mehr nehmen mussten, entwarfen sie für die mittlerweile vermehrten eigenen Toten ehrgeizige Pläne für einen Heldenfriedhof auf dem Olymp! Solch himmelstürmende Hybris zerschellte jedoch an den logistischen und strategischen Gegebenheiten; nach der Kriegswende (Stalingrad, El Alamein) wurde der Plan schließlich zu den Akten gelegt, zumal der Götterberg mittlerweile im „Bandengebiet“ lag.

¹² Sein Schweizer Kollege Urs Jaeggi beschrieb ihn u.a. folgendermaßen: "Ein hochprozentiger Boche, obwohl angeblich Grieche". (Es folgten schärfere Charakterisierungen, vgl.: *DER SPIEGEL*, 22.1.79). In den Jahren der griechischen Obristendiktatur hatte sich Papalekas einen Namen als Sympathisant der Junta gemacht, auf deren Initiative er dann folgerichtig einen (schließlich nicht angenommenen) Ruf nach Athen erhielt. – Mehr als seine persönlichen Angriffe schockierte mich der von Papalekas ausgestellte (und von keinem Teilnehmer angezweifelte) „Persilschein“ für den (damals und auch hier) von mir skizzierten Obernazi Alfred Romain, Direktor der Deutschen Schule Athen, wo Papalekas 1942 sein Abitur gemacht hatte, bevor er – zweifellos dank Romain's Empfehlung – ein „Goebbels-Stipendium“ ins Reich erhielt. – Trotz besagter Angriffe wurde mein Referat schließlich in den Sammelband aufgenommen: Hagen Fleischer, „Der Neubeginn in den deutsch-griechischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg und die 'Bewältigung' der jüngsten Vergangenheit. In: Institute for Balkan Studies (Hg.), *Griechenland und die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen Nachkriegseuropas*, Thessaloniki 1991, S. 81-108. Anzumerken wäre noch, dass Ronneberger wie auch Papalekas in ihren Beiträgen jeden (an sich angebrachten komparativen) Hinweis auf die Kriegsvorgeschichte peinlichst vermieden.

¹³ Hierzu und zum Folgenden vgl. Hagen Fleischer, „Europas Rückkehr nach Griechenland. Kulturpolitik der Großmächte in einem Staat der Peripherie“. In: Harald Heppner / Olga Katsiardi-Hering (Hgg.), *Die Griechen und Europa*, Wien, Böhlau 1998, S. 125-191, hier: 156 f.

Ganz allgemein bewirkte die nahezu schrankenlose militärische (und damit politische) Macht Deutschlands kulturimperialistische Gelüste angesichts der „einmaligen Gelegenheit“, in Griechenland –wenn nicht auf dem ganzen Kontinent– das Erbe Frankreichs *auch* als dominierende Kulturnation anzutreten. Doch im Rahmen der "vollziehenden Gewalt" (*summum imperium*), wurden die "kulturpolitischen" Aktivitäten der Besatzer trotz beeindruckender Zahlen zu einer Funktion im neokolonialen Machtmechanismus reduziert. Interne Differenzierungen waren damit nicht ausgeschlossen. So vermieden es viele deutsche Archäologen, die plötzliche Konjunktur in einer Weise auszunutzen, welche die Nachkriegsbeziehungen zu den griechischen Kollegen, aber auch zu den ausländischen Instituten irreparabel belastet hätten. Allerdings wusste man zu schätzen, dass nicht nur "Engländer und Franzosen ganz ausgeschaltet" waren, sondern auch der "in den letzten Jahren ständig angewachsene nationale Ehrgeiz der Griechen" als hemmender Faktor weitgehend ausfiel. Martin Schede, der Präsident der Berliner Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Instituts (DAI), plante die veränderten Machtverhältnisse konkret zu nutzen. Namentlich ein Luftbildprojekt mit Hilfe der Luftwaffe sollte dem DAI "ein neues wissenschaftliches Machtmittel" in die Hand geben, mit dem seine „wissenschaftliche Vormachtstellung für ein Jahrhundert gesichert werden kann".¹⁴

Auch der renommierte Byzantinist Franz Dölger genoss die verbesserten "Arbeitsbedingungen": Als Leiter des (Rosenbergschen) "Sonderstabs Athos" begrüßte er 1941 öffentlich, dass er seine Forschungen in der Mönchsrepublik endlich "frei von den friedensmäßigen Schikanen" der "größtenteils ungebildeten Mönche" habe durchführen können.¹⁵ Schon vor dem deutschen Einmarsch hatte Dölger keine Skrupel, in Griechenland (und anderen Balkanländern) "Propaganda im weitesten Sinne auf der Basis der persönlichen Beeinflussung" zu treiben. Das gleiche galt auch für andere Hochschullehrer, die von der Auslandsorganisation der NSDAP als „politisch, charakterlich und fachlich geeignet" – in *dieser* Reihenfolge – ausgesucht wurden.¹⁶

Allerdings ging es auch anders: So mühten sich die Verantwortlichen einer Institutsgründung in der Besatzungszeit, eben diese Entstehungsgeschichte vergessen zu machen. Die kleine Belegschaft des 1941 in Athen gegründeten "Deutschen Wissenschaftlichen Instituts" DWI setzte sich, kaum zeitgemäß, aus Philhellenen und Deutsch-Griechen zusammen. Direktor war Rudolf Fahrner, seit zwei Jahren Professor für Deutsche Literatur an der Universität Athen, dem Kreis von Stefan George zugehörig und Freund (bzw. später Mitverschwörer) der Brüder Stauffenberg, von denen einer (Alexander, der Historiker) in Athen stationiert war. Die Bemühungen der folgenden Jahre um echte kulturelle Begegnung im DWI zeitigen zwar auf individueller Ebene Erfolge, stießen aber beiderseits auf situationsbedingte Schranken.¹⁷

Auch in der Deutschen Akademie, Vorläufer des Goethe-Instituts, plädierten Vertreter der alten Pädagogengeneration, namentlich die Athener Verantwortlichen (Kurt Meyer, Alexander Steinmetz), für einen evolutionären Kurs – d.h. eine Politik, die dem offiziellen Namen

¹⁴ Ebd, 152 f.

¹⁵ Franz Dölger, Deutsche Forschungen auf dem Athos im Kriegsjahre 1941, *Europäischer Wissenschaftsdienst*, Jg. 2: Heft 16 (1942), 11.

¹⁶ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Berlin, R 60661, passim.

¹⁷ In seiner erstaunlich ideologiefreien Nische konnte es sich Fahrner leisten, in Seminaren und anderen Veranstaltungen eine "zeitlose" (d.h. klassische) Kulturpolitik zu betreiben, und so die „Errungenschaften“ der NS-Periode systematisch zu ignorieren. (Fleischer, „Europas Rückkehr“, 153, 163).

der Institution (Mittelstelle für Deutsch-Griechischen Kulturaustausch) gerecht würde. Hingegen forderte Dr. Otto Kielmeyer, ehemals linker Lektoratsleiter in Saloniki und Neu-Nazi, die "störrischen und launischen" Griechen nicht länger zu "verhätscheln"; denn "die Zeiten haben sich geändert. Wir sind nicht mehr die mehr oder weniger ungerne geduldeten Ausländer, sondern die Herren des Landes." Wiederholt mahnte der Lektoratsleiter, alle Zurückhaltung aufzugeben und endlich dem anglo-französischen Modell monopolistischer Kulturpropaganda zu folgen: Nur "eine planvolle, zielsichere [...] Arbeit totaler Erfassung" gewähre die Voraussetzungen, "einerseits dem Deutschtum wirkliches Ansehen und dauerhaften Einfluß zu verschaffen und andererseits dem Griechen zu einer kulturellen Selbsterneuerung zu verhelfen".

Allgemein waren die kulturellen Maßnahmen der neuen Herren am aggressivsten in jenen Regionen, die für Annexion nach dem Kriege vorgesehen waren. Das galt nicht nur für die Italiener etwa auf den Ionischen Inseln oder für die Bulgaren in Ostmazedonien und Thrazien. So forderte Kielmeyer, den Schwerpunkt der eigenen Kulturpolitik nach Saloniki zu verlegen, dem nach gewonnenem Krieg als "deutschem Hafen" eine Schlüsselposition zukommen werde – zumal Athen wohl in der italienischen Sphäre verbliebe.¹⁸ Zugleich zerbrachen sich die deutschen Kulturimperialisten den Kopf, wie die Kreter zu "zwingen" seien, die Sprache der Besatzer zu lernen, damit sie "mit unserem Wort auch unseren Willen verstehen". Beides ging konform mit den Intentionen des Oberkommandos der Kriegsmarine, das die Bedeutung Salonikis als "kontinentaler Endpunkt der militärischen Kraftlinien Deutschlands" herausstrich, sowie als Verbindungsglied zu Kreta, das im „Interesse der großdeutschen Belange“ für immer in deutschem Besitze bleiben müsse, als Vorposten des künftigen Weltreiches.¹⁹

Nicht wenige prominente NS-"Kulturträger" versuchten sich auf Hitlers Spuren an der Usurpierung eines "blutsverwandten" klassischen Griechenlands: Da die alten Hellenen nach ihrem "rassischen Zusammenbruch" keine direkten Erben hätten, schon gar nicht die fast völlig "entnordeten" Neugriechen,²⁰ fühlten sie sich auf heimischem Boden – so etwa der nach dem Krieg reüssierende Erhart Kästner, der bereits im Auftrag der Wehrmacht ein Griechenlandbuch in diesem Sinne für die Landser geschrieben hatte. Toller noch trieb es Dr. Alfred Romain, seit 1933 Direktor der Deutschen Schule Athen: Bereits im Mai 1941, unmittelbar nach der Besetzung, dankte er in einer Feierstunde dem "genialen Feldherrn" Hitler, unter dessen begnadeter Führung die Wehrmacht "in ruhmvollem Siegeslauf" die historische Mission der Jahrtausende zuvor ebenfalls aus dem Norden eingefallenen hellenischen Stämme erneuert habe. Damit sei "das griechische Erbe aus jahrhundertelanger Verschüttung ans Licht" gehoben worden, um es – dank des "Kulturwillens des deutschen Volkes und seines Führers" – in das "neue" Europa zu integrieren! Auch bei den Südzügen der Dorer sowie des "großen Neugestalters Alexander" hätten die Betroffenen die gewaltsamen Veränderungen zunächst als fremde Invasion und Verlust der Freiheit empfunden. In Erinnerung daran müs-

¹⁸ BArch, Berlin, R 51/191: DA Athen 19.8.41; DA Saloniki, 16.6.42, u.a.

¹⁹ Veste Kreta, 1.8.43, 10.8.43; in Auszügen abgedruckt in: Hagen Fleischer, Schwert und Olive. In: Willi Benning (Hg.), *Festschrift für Klaus Betzen*, Athen 1995, 168 f. – Anmerkung: Die BILD-Zeitung besitzt demnach nicht das Copyright für deutsche Gelüste nach griechischen Inseln! Siehe: „Verkauft eure Inseln, ihr Pleite-Griechen“, etc., etc. (BILD 2010, 2011, passim).

²⁰ Hagen Fleischer, Die "Viehmenschen" und das "Sauvolk". Feindbilder einer dreifachen Okkupation: Der Fall Griechenland. In: Wolfgang Benz et al. (Hgg.), *Kultur - Propaganda - Öffentlichkeit. Intentionen deutscher Besatzungspolitik und Reaktionen auf die Okkupation*. Berlin 1998, S. 135-169. (Siehe dort auch einschlägige Zitate aus Erhart Kästners nach dem Krieg "bereinigten" ersten Griechenlandbuch).

se auch das griechische Volk den "weltgeschichtlichen Sinn" und die "eherne Notwendigkeit" dieser "Wiederholung" einsehen.²¹

Romain wurde für seine Dithyramben mit dem ersehnten Professorentitel an der Universität Athen belohnt, *nach* dem Krieg wird er als Beauftragter des Volksbunds für Kriegsgräberfürsorge nach Griechenland zurückkehren. Vielleicht suchte er auch jene seiner ehemaligen Schüler, die er bei den Abiturfeiern mit patriotischem Schwulst an die Front geschickt hatte und die dort geblieben waren. Der Kreis schloss sich zumindest zum Teil, als zwölf Jahre später (1956) die Deutsche Schule Athen wieder öffnete. Zwar wurde der sich eifrig anbietende Romain als nicht tragbar für deren erneute Leitung erachtet, aber auch der neue Direktor Flume hatte im Krieg als Chef der Deutschen Akademie im thessalischen Volos Martialisches von sich gegeben. So benutzte er etwa die Wehrmachtsberichte als Unterrichtslektüre, empfahl Spaltpropaganda zur Schwächung des Widerstandes und insbesondere der kommunistischen „Räuberbanden“!²²

Es ist hier nicht der Ort, auf den griechischen Widerstand näher einzugehen.²³ Zu erwähnen ist jedoch, dass die letztlich zum griechischen Bürgerkrieg (1946-49) führende innergriechische Polarisierung, die erst nach dem Bankrott der siebenjährigen Militärdiktatur 1974 an Schärfe verlor, z.T. auf die deutsche "Spaltpropaganda" der Besatzungszeit zurückging. Als die Wehrmacht Ende 1943 mit der Aufstellung bewaffneter Kollaborationsverbände begann, wollte sie "kostbares deutsches Blut sparen", schätzte aber zugleich den politischen Stellenwert der "Sicherheitsbataillone" höher ein als deren militärischen Nutzen: Oberbefehlshaber Löhr sah seine Initiative als "politische Maßnahme im Zuge der ... Bekämpfung des Kommunismus, für die der antikommunistische Teil der griechischen Bevölkerung restlos eingespannt werden muss, damit er sich eindeutig festlegt und in offene Feindschaft zum kommunistischen Teil getrieben wird."

In diesem Sinne wurden Exekutionen von "Bandenverdächtigen" und Geiseln den Kollaborateuren übertragen, und befriedigt vermerkte man deutscherseits, der Hass richte sich gegen diese. Die folgende Eskalation innergriechischen Blutvergießens schien die These zu bestätigen, "hierzulande" sei "ein Menschenleben nicht viel wert", und drückte die Hemmschwelle bei der Truppe weiter hinab. So geriet die griechische Zivilbevölkerung in den Zangengriff blutiger Besatzungslogik, denn Davonlaufen wurde mit schlechtem Gewissen gleichgesetzt und mit Erschießen bestraft. Blieben aber die Dörfler, liefen zumindest die Männer Gefahr, "vorsorglich" in ein Geisellager abtransportiert zu werden, sofern man sie nicht umgehend zur "Sühnung" irgendeiner Partisanenaktion liquidierte.

In Kalávryta (Nord-Peloponnes) und andernorts wurden alle Männer erschossen, die im Vertrauen auf vorherige deutsche Zusicherungen *nicht* geflüchtet waren. *Präventives* Schießen, Zerstören, Verbrennen – d.h. die Schädigung oder Vernichtung eines *potenziellen* Gegners – wurde bei manchen Einheiten zur Regel; wiederholt (z.B. in Komméno, Klissúra, Dístomo, u.a.) wurden auch Frauen und Kinder massakriert. Zwar versuchten besonnene Befehlshaber, schlimmste Auswüchse zu verhindern, doch die anderen verfügten über Rückendeckung

²¹ *Deutsche Nachrichten für Griechenland*, 15.5.41.

²² Zitate in: Hagen Fleischer, „Der lange Schatten des Krieges und die griechischen Kalenden der deutschen Diplomatie“, in: Chryssoula Kambas & Marilisa Mitsou (Hgg.), *Hellas verstehen. Deutsch-griechischer Kulturtransfer im 20. Jahrhundert*. Köln: Böhlau, 2010, S. 205-240, hier: S. 210.

²³ Siehe hierzu: Fleischer, Kreuzschatten.

im Führerhauptquartier, wo man das Abstreifen "aller europäischen Hemmungen" verlangte.²⁴

Als dann am 12. Oktober 1944 die Wehrmacht angesichts der sich verschärfenden Gesamtstrategischen Lage aus Athen abziehen musste, legte eine Ehrenkompanie am Grabmal des Unbekannten Soldaten einen Kranz nieder, um "zu bekunden, dass die Deutschen nicht als Feinde Griechenlands das Land betreten" hätten. Verdrängt wurde die Erinnerung an Zehntausende zivile Opfer des Repressalerrors, an die 60.000 jüdischen Opfer des rassistischen Genozids.²⁵ Weit über 100.000 Menschen krepiereten elendiglich an Hunger, die Geburtenrate stürzte ins Bodenlose. Jeder dritte Grieche litt an epidemischen Infektionskrankheiten (Malaria, Tuberkulose, Typhus, etc.); in manchen Regionen waren 60-70 % betroffen, insbesondere Kinder. Kaum zu berechnen sind die Verluste durch die Hyperinflation sowie die deutsche Zerstörung der Infrastruktur als Folge raubwirtschaftlicher Ausbeutung (Bergwerke, Wälder, etc.) und systematischer Vernichtung bei Sühnemaßnahmen oder während des Abzuges: Die meisten Eisenbahnbrücken gesprengt, weit über 80 % des rollenden Materials ruiniert oder entführt; 73 % der Handelstonnage versenkt, fast 200.000 Häuser total oder zum Teil zerstört.²⁶

Dessen ungeachtet vermerkten alliierte Beobachter bereits 1947, die Griechen gehörten zu den europäischen Völkern mit den geringsten antideutschen Pauschalurteilen. Dieser Trend wurde institutionell abgesichert, da während der kritischen Jahre der Wiederannäherung Griechenland und die Bundesrepublik von ideologisch verwandten Parteien regiert wurden. Schon früh plädierte Athen für eine Integration Westdeutschlands in NATO und Europarat und verletzte alliierte Regulationen, indem es der Bundesrepublik bei Verhandlungen zur Bereinigung der Kriegsfolgen, darunter der Rückgabe deutschen Eigentums (so etwa des Archäologischen Instituts), weit entgegenkam. Etappenweise übertrugen die griechischen Regierungen sogar den Rechtsanspruch zur Verfolgung deutscher Kriegsverbrecher der Bundesrepublik.

Die Ende 1950 in Athen wieder eingerichtete deutsche Gesandtschaft war sogleich „mit großem Nachdruck bemüht ..., das gesamte Gebiet der sogenannten Kriegsverbrecherverfahren zu bereinigen“, denn Bonn drang auf eine „generelle, schnelle und möglichst geräuschlose Bereinigung“, „Liquidierung“ oder gar „Endlösung“ [sic] des Gesamtkomplexes.²⁷ So kam es 1952 zu Besprechungen mit einer griechischen Delegation: Diese übergab dem Bundesjustizministerium Strafverfolgungsersuche gegen 210 Beschuldigte in den schwersten Fällen und schlug für den „im gemeinsamen Interesse“ liegenden „Schlusstrich“ ein „unauffälliges“ Verfahren vor. Danach könne die griechische Regierung auch die restlichen schweren Kriegs-

²⁴ Hagen Fleischer, Deutsche 'Ordnung' in Griechenland 1941-1944. In: Loukia Droulia / Hagen Fleischer (Hgg.), *Von Lidice bis Kalavryta: Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis im Zweiten Weltkrieg*. Berlin, Metropolis 1999, S. 151-223.

²⁵ Hagen Fleischer, „Griechenland“ In: Wolfgang Benz (Hg.), *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*. München: Oldenbourg, 1991, S. 241-274.

²⁶ Hagen Fleischer, Griechenland – Der Krieg geht weiter. In: Ulrich Herbert / Axel Schildt (Hgg.), *Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948*. Essen: Klartext 1998, S. 168-206.

²⁷ Hierzu und zum Folgenden: Hagen Fleischer, 'Endlösung' der Kriegsverbrecherfrage. Die verhinderte Ahndung deutscher Kriegsverbrechen in Griechenland. In: Norbert Frei (Hg.), *Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechern nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen: Wallstein 2006, S. 474-534.

verbrechen in die Zuständigkeit der BRD überstellen, die leichteren Fälle selbst amnestieren. Trotz dieser Zugeständnisse äußerte das Auswärtige Amt (AA) "sehr erhebliche Bedenken", da „selbst nur formal durchgeführte Ermittlungen die deutschen Justizbehörden aufs schwerste belasten müssten“. Stattdessen solle Athen eine geheime Generalamnestie erlassen, aber selbst diese wäre "bei der händlerischen Einstellung der Griechen ... an die ... Gewährung von Gegenvorteilen geknüpft"! Das Justizministerium lehnte jede Strafverfolgung der vor „mehr als 10 Jahren ... angeblich begangenen Verbrechen“ ab: „äußerstenfalls “könne man die Vorgänge einlagern: Schließlich sei es „gleichgültig, ... ob nun 100 oder 500 Akten in einem Aktenschrank verwahrt würden“. Die zuständigen Ressorts erwogen, Athen einen Strafverzicht für griechische Verbrechen gegen die deutsche Besatzungsmacht anzubieten, d.h. man wollte Besatzungsterror gegen Aktionen des Widerstands aufrechnen!

Im Vertrauen, dass die Griechen "bestimmt keine Berichterstattung über Weiterbehandlung der Verfahren verlangen", geschah seitens der deutschen Behörden weiterhin nichts. So erfolgte – eher zufällig – im April 1957 die Verhaftung des eingereisten Dr. Max Merten, der als Leiter der Militärverwaltung beim Befehlshaber Saloniki-Ägäis namentlich wegen seiner administrativen Beteiligung an den Judendeportationen schon auf den 1952 überreichten Fahndungslisten gestanden hatte, aber seine Anwaltspraxis in Berlin unbehelligt weiterführte. AA, BMJ und deutsche Presseorgane reagierten empört gegen den angeblichen griechischen Vertragsbruch, obschon die Deutsche Botschaft klarstellte, die griechische Seite sei in ihrem Entgegenkommen „bis an die Grenze des Möglichen gegangen“. In einer Ressortkonferenz forderte Staatssekretär Karl Carstens (der spätere Bundespräsident): Sollten sich die Hellenen weiterhin störrisch erweisen, „dürfte es notwendig sein, gegenüber Griechenland Repressalien [sic] vorzunehmen“ – etwa in Form einer öffentlichen Warnung vor der Einreise, die ernste Konsequenzen für den Tourismus hätte.²⁸ Währenddessen schlug Merten vor, seinen Kriegskameraden aus Saloniki, Rudolf Vogel als Zeugen für seine Verteidigung zu laden.²⁹

Zwar wurde Merten 1959 zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, doch bereits wenige Monate später auf schärfsten Bonner Druck in die Bundesrepublik abgeschoben. Zuvor hatte Griechenland durch zwei deutscherseits initiierte, umstrittene Sondergesetze seinen Strafverfolgungsanspruch dem Land der Täter übertragen. Bemerkenswert ist, dass alle involvierten griechischen Institutionen in großdeutschen Kriterien dachten, denn unter den aus den Fahndungslisten gestrichenen deutschen Kriegsverbrechern ist auch Alois Brunner, maßgeblich beteiligt an der Deportation von 50.000 aus Saloniki deportierten Juden. Doch der Eichmann-Komplize war Österreicher, fiel also nicht unter die 1959 von Bonn abgepresste „Endlösung“.

Was die Bundesrepublik mit ihrem Strafverfolgungsauftrag anfang, überraschte kaum: Nach elf Tagen Untersuchungshaft wurde Merten entlassen, nach sieben Jahren das Ermittlungsverfahren gegen ihn eingestellt und er erhielt sogar eine Entschädigung für die Haft in Athen. Auch alle anderen Untersuchungen „wegen angeblicher Kriegsverbrechen“ wurden „abgeschlossen“. „Abschluss“ bedeutete Einstellung. Wortlaut und Geist der Einstellungsbeschlüs-

²⁸ Ebd., S. 504 f., vgl. auch: BArch Koblenz, B 141/9566, 23.5.1957, B 305/1042, 17.7.1957.

²⁹ Vernehmungsprotokoll Merten, 30.4.1957, in: Institut für Zeitgeschichte, Archiv G 01/24, Akte Eichmann, Eich 689; Michael Martens: Rudolf Vogel – eine Biographie zwischen Nationalsozialismus und Bundesrepublik, http://www.sogde.org/pdf_2014/doku/geschichte_sog/sog_geschichte_martens.pdf.

se waren oft verräterisch³⁰ und nur als „Täterschutz“ zu erklären. Kein Deutscher wurde wegen an Griechen begangenen Kriegsverbrechen von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt.³¹

Das Nürnberger Militärtribunal hatte sich nicht entschließen können, Geislexekutionen a priori als verbrecherisch zu verurteilen; alle „exzessiven“ Aktionen aber mit scharfen Worten als Mord gegeißelt. Hingegen war die deutsche Justiz anderer Ansicht. So stellte die Staatsanwaltschaft Bochum die Ermittlungen zu Kalávryta mit der Begründung ein: „In dieser Situation waren Repressalien notwendig [sic] und auch zulässige völkerrechtsmäßige Mittel, die Gegner, die Partisanen, zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen.“³² Ähnlich argumentierte die Bundesrepublik Deutschland noch Jahrzehnte – im Bestreben, griechische Entschädigungsforderungen abzublocken.

Ganz allgemein zeigte sich die Bundesrepublik für das griechische Entgegenkommen wenig erkenntlich, sieht man von der Wirtschaftshilfe ab, die in puncto Nutzen keine Einbahnstraße ist, und daher auch Ländern wie Portugal geleistet wurde und wird, wohin nie ein Wehrmachtssoldat seinen Fuß gesetzt hatte. Alleinige Ausnahme waren – im Rahmen jahrelanger Wiedergutmachungsverhandlungen mit *allen* „Weststaaten“ – die 1960 vereinbarten 115 Mio. DM zu Gunsten *einer einzigen* Opferkategorie, jener, die aus „typisch nationalsozialistischen“, primär also aus rassistischen, Gründen verfolgt worden war. Wenn alle Bundesregierungen es danach bis heute ablehnten, weitere griechische Forderungen auch nur zu diskutieren, ist diese Reaktion machtpolitisch und ökonomisch verständlich, denn selbst die immer noch prosperierende deutsche Wirtschaft wäre überfordert, müsste sie alle Ansprüche einstiger Kriegsgegner befriedigen. Doch die vorgeschobenen Erklärungen überzeugen nicht; das gilt insbesondere für den bevorzugten Hinweis auf den „Zeitablauf“.

Hierzu einige historische Richtigstellungen: Unter den Vorzeichen des Kalten Krieges kamen die USA schon früh zu dem Schluss, Westdeutschland zu einem Bollwerk gegen den Ostblock aufzubauen. Diesen Belastungen war die westdeutsche Wirtschaft aber nur gewachsen, sofern das Reparationsproblem "vom Tisch" war. Washington gewann die Briten und die zögernden Franzosen für diese Sichtweise, kleinere Verbündete – wie Athen – wurden nicht gefragt. Im Londoner „Abkommen über deutsche Schulden“ (1953) wurde die "Prüfung der aus dem 2. Weltkrieg herrührenden Forderungen ... bis zur endgültigen Regelung der Repa-

³⁰ Ganz wohl fühlten sich die Rechtswahrer dabei nicht, wie das hektische Schreddern zahlreicher zeitgeschichtlich bedeutsamer Akten nach Ablauf der Mindestaufbewahrungsfrist vermuten ließ.

³¹ Auf dem Weg zur Einstellung der Verfahren bedienten sich die Staatsanwaltschaften oft anrühiger Argumentationsmuster, die durch Wiederholung nicht besser wurden: Allzu schnell attestierte „Unauffindbarkeit“, „res judicatae“, trickreicher Umgang mit Verjährungsformeln; die zur Unmöglichkeit gesteigerte Schwierigkeit in einem Täterkollektiv (Kompanie) „einzelne Tatbeiträge“ festzustellen; „Befehlsnotstand“; Legalisierung von Repressalien. Unterschlagen bzw. verdrängt wurde, dass die Zerstörung der im Nürnberger Geiselmordprozess angesprochenen „griechischen Lidices“ mit charakteristischer Heimtücke und Grausamkeit erfolgte – Kriterium für (nicht verjährten) Mord. Nur einmal kam es zu einem Hauptverfahren, als die deutsche Justiz das unauffälliger Verfahren der frühen Einstellung noch nicht entwickelt hatte. So musste das Landgericht Augsburg 1951 seinen Freispruch öffentlich begründen: Die kritisierte Erschießung unbewaffneter kretischer Zivilisten sei im Rahmen eines deutschen Partisanenunternehmens „als die erforderliche Verteidigung gegen einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff“ erfolgt und „aus dem Gesichtspunkt völkerrechtlicher Notwehr [... bzw.] Notstandes gerechtfertigt“! In diesem Kontext sei nämlich „jede Handlung gestattet“ – auch die standrechtliche Erschießung „verdächtiger Personen, die ... nicht sofort als harmlos zu erkennen waren“! (Fleischer, 'Endlösung', S. 490).

³² StA Bochum, AZ 33 Js 655/72, Einstellungsverfügung (Kopie im Besitz des Vf.).

rationsfrage" zurückgestellt – eine Formulierung, die vage auf eine Friedensregelung mit einem vereinigten Deutschland anspielte. Da eine solche angesichts der Teilung der Welt in zwei Blöcke nicht erwartet wurde, glaubte man deutscherseits, „dank des Entgegenkommens unserer amerikanischen Freunde“ die anderen Weltkriegsgegner bis zum St. Nimmerleinstag, „den griechischen Kalenden, verträsten“ zu können! Die Bonner Strategie lief nach eigenem Eingeständnis darauf hinaus, „diesen Zwischenzustand des Nichtzustandekommens eines Friedensvertrages so lange wie möglich aufrechtzuerhalten, um die Forderungen unserer einstigen Gegner durch Zeitablauf einer Verwirkung oder Verjährung zuzuführen“. D.h. fast 40 Jahre lang arbeiteten die Bundesregierungen systematisch auf jenen Zeitablauf hin, auf den sie nach 1990, als es doch noch zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kam, achselzuckend verwiesen.³³

Dabei ist der moralische Anspruch bzw. Nachholbedarf der Griechen gewichtiger als anderswo – zum einen wegen der unverhältnismäßig hohen Verluste an Material und Menschen, zum anderen, da fast alle anderen betroffenen Staaten nach 1945 die Gelegenheit nutzten, sich selbst zu entschädigen – durch Annektierung deutscher Territorien, Enteignung des Besitzes deutscher Minderheiten, Zwangsarbeit deutscher Kriegsgefangener, Demontage von Industrieanlagen und Zwangsexport deutscher Rohstoffe. Die Bundesrepublik sollte dies berücksichtigen bei der Prüfung der griechischen Ansprüche hinsichtlich der deutschen Zwangs-"Anleihen" bei der griechischen Staatsbank, die keinen Reparationscharakter haben, da deren Rückzahlung selbst von der deutschen Besatzungsmacht zugesagt, anerkannt *und begonnen* wurde. Anfang 1945 berechnete ein Expertenteam für die Reichsbank und das Auswärtige Amt die Höhe dieser "Reichsschuld gegenüber Griechenland" auf 476 Millionen Mark: Zweifellos eine moderate Schätzung, es kursieren weit höhere. Von dieser Basis aus könnten Verhandlungen in einer Form geführt werden, die *keinen* Präzedenzfall für andere Staaten darstellt.

Zugleich wäre damit dem absurden Zustand ein Ende gesetzt, dass die Vertreter des NS-Regimes eine Schuld Deutschlands anerkannten, wörtlich "in einer für spätere Auswertung zweckdienlichen Form", diese aber von der demokratischen Bundesrepublik, dem völkerrechtlichen Nachfolger des Deutschen Reiches, bis heute ignoriert wird. Das gilt sogar für Gesten von praktischer und symbolischer Bedeutung. Entsprechende Initiativen gab es wiederholt, wie der Schreiber dieser Zeilen aus eigener Erfahrung weiß.

Nachtrag

Einen großen Schritt in der erhofften Richtung wagte am 7. März 2014 Bundespräsident Joachim Gauck. Bei seinem Versöhnungsbesuch gemeinsam mit dem griechischen Präsidenten Karolos Papoulias in der epirotischen Gemeinde Lyngiádes – wo die deutschen Besatzer am 3. Oktober 1943 alle greifbaren (über 80) Einwohner ermordet hatten: größtenteils Frauen, Greise und Kinder – bat er als erster Repräsentant Deutschlands um *Verzeihung* für die Besatzungsverbrechen. Die entscheidenden Sätze seiner Aufsehen erregenden Rede am Denkmal für die Opfer lauteten:

³³ Hierzu sowie zum Folgenden: Fleischer, *Der lange Schatten des Krieges*, S. 229 ff.; bzw. Hagen Fleischer / Despina Konstantinakou, „Ad calendas graecas? Griechenland und die deutsche Wiedergutmachung“, in: H.-G. Hockerts et al. (Hgg.), *Grenzen der Wiedergutmachung. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000*, Göttingen: Wallstein 2006, S. 375-457.

"Wir Nachgeborenen tragen persönlich keine Schuld. Und doch fühle ich an Orten wie diesem tiefes Erschrecken und eine doppelte Scham. Ich schäme mich, dass Menschen, die einst in deutscher Kultur aufgewachsen sind, zu Mördern wurden. Und ich schäme mich, dass das demokratische Deutschland, selbst als es Schritt für Schritt die Vergangenheit aufarbeitete, so wenig über deutsche Schuld gegenüber den Griechen wusste und lernte. [...]"

Es sind die nicht gesagten Sätze und die nicht vorhandenen Kenntnisse, die eine zweite Schuld begründen, da sie die Opfer sogar noch aus der Erinnerung verbannen. Und so möchte ich heute aussprechen, was Täter und viele politisch Verantwortliche der Nachkriegszeit nicht aussprechen konnten oder wollten: Das, was geschehen ist, war brutales Unrecht. Mit Scham und mit Schmerz bitte ich im Namen Deutschlands die Familien der Ermordeten um Verzeihung. Ich verneige mich vor den Opfern der ungeheuren Verbrechen, die hier und an vielen anderen Orten zu beklagen sind. [...] Die schrecklichen Ereignisse, derer wir gedenken, erlegen uns auch eine große Verpflichtung auf. Die Verpflichtung nämlich, alles in unserer Macht Stehende zu tun, dass nicht in Vergessenheit gerät, was nie hätte geschehen dürfen. [...] Achtet und sucht die Wahrheit. Sie ist eine Schwester der Versöhnung."³⁴

³⁴ Vgl. <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/03/140307-Gedenkort-Lingiades.html>.